

Vielfalt statt Einfalt

WISSENSCHAFTSFREIHEIT

Populismus, Hass und die Sehnsucht nach simplem Schwarz-Weiß bedrohen die Wissenschaft. Wie muss sie darauf reagieren?

TEXT: Christine Prußky

Ein Tatort. Die Truppe von der Spurensicherung ist schon da. Sie sucht nach Hinweisen, fotografiert und dokumentiert alle Details. Da trifft der leitende Ermittler ein, tritt hinter das rotweiße Absperrband und sagt: „Moin. Wissen wir schon mehr über den Täter?“ – „Ja. Es ist dunkle Materie“, antwortet die Kollegin von der Spurensicherung. „Okay. Irgendwelche Beweise?“ – „Nicht direkt.“ – „Was soll das heißen?“ – „Naja „es gibt keine direkten Beweise, aber wir sind uns sicher.“ Jetzt ist der Kommissar sichtlich irritiert, er braucht eine Erklärung. Dunkle Materie, führt die Kollegin deshalb geduldig aus, sei unsichtbar, es gäbe also keine Augenzeugen, aber: „Wir haben genügend Indizien gesammelt, die für diese Theorie sprechen“ – „Alles klar. Danke. Gute Arbeit!“ Der Ermittler hat verstanden, er ist zufrieden.

Sind Sie es auch? Exakt 50 Sekunden dauert die Eröffnungsszene im Auftaktvideo des Kurzfilmprojekts der Jungen Akademie zur Wissenschaftsfreiheit. 65 Worte werden darin gesprochen. Das ist nicht viel. Aber sie reichen den Filmemachern, um den Topos Wissenschaftsfreiheit in seiner ganzen Komplexität aufzuspannen. So geht Wissenschaftskommunikation.

Wie die Spurensicherung im Film liefert Wissenschaft in der Regel keine klaren Antworten. Sie bleibt mehrdeutig. Der Kommissar hält das aus, er beweist Ambiguitätstoleranz. Ambiguitätstoleranz braucht die Wissenschaft wie der Mensch die Luft zum Atmen. Doch genau diese auch für das menschliche Zusammenleben und für Staaten so unerlässliche Fähigkeit wird gerade knapp in Deutschland – und anderen Demokratien westlicher Prägung.

Einfache Antworten in einer komplexen Welt

In einer unübersichtlichen Welt wünschen sich viele Menschen einfache Antworten, egal wie komplex der Sachverhalt ist. Populisten und Demagogen bedienen das Bedürfnis nach Klar-

heit. Schwarz oder Weiß sind angesagt, Grautöne dagegen sind überholt und gestrig. Doch genau dort, im fein ziselierten Grau des steten Abwägens und Hinterfragens, ist die Wissenschaft zu Hause. Mehrdeutigkeit gehört zu ihrer DNA. Ambiguitätstoleranz ist für sie unerlässlich.

„Einfache Antworten und absolute Wahrheiten gibt es nicht“, sagt denn auch Anja Karliczek (CDU). Die Politik, die Wirtschaft und die Gesellschaft: „Alle müssen Unsicherheiten aushalten“. Mit diesem Statement führt die Bundesforschungsministerin mitten hinein in eine gesamtgesellschaftliche Grundsatzdebatte, die in Zeiten des Populismus viel zu lange vernachlässigt wurde: die Debatte über Wissenschaftsfreiheit in Deutschland.

**»EINFACHE ANTWORTEN
UND ABSOLUTE WAHRHEITEN
GIBT ES NICHT. ALLE
MÜSSEN UNSICHERHEITEN
AUSHALTEN«**

Anja Karliczek
(CDU), Bundesministerin
für Bildung und Forschung



„Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“ So steht es in Artikel 5, Absatz 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. 70 Jahre ist die Verfassung im vergangenen Mai geworden. Fast 90 Prozent aller Deutschen schätzen das Grundgesetz als Fundament der Gesellschaft und messen ihm hohe normative Kräfte zu, ergab eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Infratest dimap. Die Studie zeigte aber auch: Die Deutschen wissen zu wenig über ihre Verfassung. Die Menschenrechte (Artikel 1), das Gleichheitsgebot (Artikel 3) und der Meinungs- und Pressefreiheitsparagraf (Artikel 5, Absatz 1) sind geläufig, bei der im gleichen Artikel genannten Wissenschaftsfreiheit hört es schon auf.



»HETZE UND ATTACKEN GEGEN WISSENSCHAFTLER SIND EIN ANGRIFF AUF DIE WISSENSCHAFTS-FREIHEIT UND SOMIT GEGEN DEMOKRATISCHE GRUNDFREIHEITEN«

Kai Gehring
Wissenschaftspolitischer
Sprecher der Bundestags-
fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die konzertierte Kampagne „Freiheit ist unser System“, die die in der „Allianz der Wissenschaftsorganisationen“ vereinten großen deutschen Forschungsorganisationen zu 70 Jahre Grundgesetz organisieren, ist also bitter nötig. In diese Kommunikationsoffensive zur Wissenschaftsfreiheit fügt sich die Videoreihe der Jungen Akademie genauso ein wie zahlreiche Veranstaltungen im ganzen Land. Es gibt eine zentrale Internetseite mit Interview-Podcast, Statements und Hintergründen. Es gibt Hashtags bei Twitter und Facebook, und es gibt eine Postkarten-Aktion. „Ganz schön Forsch. Und frei.“, steht auf einer Karte. Eine andere trägt den Schriftzug „Oh! Freie Wissenschaft! Darf ich die behalten?“

Die akademische Gemeinschaft vergewissert sich ihrer selbst

Die Postkarten sind an diesem Abend auf alle Stühle verteilt. Es ist Juni 2019, und die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hat in die Berliner Kalkscheune gebeten. In einer „Fishbowl“-Runde soll es um die „Wissenschaftsfreiheit im hochschulischen Praxistest“ gehen. Das Diskussionsformat erlaubt Zuhörerinnen und Zuhörern im Plenum, zeitweise auf dem Podium neben Honoratioren aus der Wissenschaft Platz zu nehmen und mitzudiskutieren. Theoretisch. Praktisch lässt der Titel erahnen, was der Untertitel „Über gelebte Freiheit und erlebte Begrenzungen“ unterstreicht. Die akademische Gemeinschaft soll unter sich bleiben. Wer nicht in Forschung und Lehre tätig ist, kann nichts beitragen. Wie auch? Über die real existierenden Freiräume in Hochschulen, ihre Grenzen und die Macht- und Unterdrückungsmechanismen können Externe nichts wissen. Kommunikation auf Augenhöhe ist so nicht möglich. Die Regie des Abends verhaftet die Gesellschaft auf die Zuschauerrolle, noch bevor er begonnen hat.

Dieses Signal kommt an. Tatsächlich wagt sich bis zuletzt niemand auf den freien Platz in die „Fishbowl“-Runde, der nicht in Forschung und Lehre tätig wäre. Die akademische Gemeinschaft kann sich so ungestört ihrer selbst vergewissern und eine Botschaft senden, die vorher schon feststand: „Wissenschaftsfreiheit ist ein Wert und als solcher unverrückbar“, erklärte der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Peter-André Alt, zur Öff-

nung des Abends, doch müsse dieser Wert „in Form einer diskursiven Erörterung immer wieder neu gesichert, neu erklärt und in unterschiedlichen Konstellationen neu definiert werden“.

Was bei Alt nach Kaffeekränzchen mit Keksen klingt, trägt bei Martin Stratmann Züge einer Expedition: „Wissenschaftsfreiheit entsteht nicht im Niemandland“, erklärt der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) auf Anfrage des DSW-Journals, „sondern nur durch echtes Engagement – auf Instituts-, Sektions- und Gesellschaftsebene.“

Seit dem Jahr 2014 führt der Materialwissenschaftler das Flaggschiff deutscher Grundlagenforschung mit insgesamt knapp 24.000 Beschäftigten in 86 Instituten. Der Tübinger Affenversuchs-Skandal im Jahr 2014, mit Morddrohungen gegen einzelne Wissenschaftler, fallen genauso in Stratmanns Amtszeit wie die jüngste Mobbing-Affäre in einem Max-Planck-Institut in Leipzig. Aus beiden Ereignissen hat Stratmann gelernt und Konsequenzen für die MPG als Ganzes gezogen.

Öffnung gegenüber Gesellschaft

Seit Leipzig müssen MPG-Direktoren in ihren Instituten „für ein Arbeitsklima“ sorgen, „das Wissenschaftsfreiheit zur gelebten Realität werden lässt“ und jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Freiräume gibt. Den Abschied von der internen Basta-Politik flankiert die MPG mit einer konsequenten Öffnung gegenüber der Gesellschaft. „Wir wollen eine bewusste und aktive Beteiligung der Öffentlichkeit“, sagt Stratmann, „wir müssen mehr und nicht weniger kommunizieren“. Die Initiative zu der groß angelegten Allianz-Kampagne zur Wissenschaftsfreiheit ging denn auch von der Max-Planck-Gesellschaft aus.

Hinter der Entdeckung der Gesellschaft als eine Größe im Ringen um die Wissenschaftsfreiheit stecken zwei Einsichten. Die Wissenschaftsfreiheit bleibt auch 70 Jahre nach der Unterzeichnung des Grundgesetzes eine Verabredung. Und: Sie ist ein geliebtes Gut. Um es zu behalten, ist es strategisch klug, sich nicht nur auf die Politik und die Justiz zu verlassen.

Beispiel Ungarn: Dort steht die Wissenschaftsfreiheit in der Verfassung. Artikel X, Absatz 1 bis 3 des unga-

rischen Grundgesetzes hindert die rechtspopulistische Regierung von Victor Orban aber nicht daran, eine ganze Universität außer Landes zu treiben, die renommierte Wissenschaftsakademie zu unterjochen und kritisches Denken einzuhegen. Als einzige Schutzmacht der wissenschaftlichen Unabhängigkeit ist in Ungarn die Zivilgesellschaft geblieben. Eindrucksvoll zu sehen war das, als Bürger zu Jahresanfang 2019 einen Menschen-Ring um ihre Wissenschaftsakademie bildeten.

In Deutschland ist das Bundesverfassungsgericht oberste Schutzherrin der Wissenschaftsfreiheit. Geraten die Freiheitsrechte von Forschung und Lehre in Konflikt mit anderen Grundrechten, ist Karlsruhe gefragt. Mit ihren Urteilen setzen die Verfassungsrichterinnen und -richter der Wissenschaft und ihren Institutionen auch Grenzen. So geschehen bei der Vergabe der begehrten Medizinstudienplätze. Den Numerus Clausus (NC) und die universitären Auswahlverfahren hält das Bundesverfassungsgericht nur eingeschränkt mit dem Grundrecht auf freie Ausbildungswahl für vereinbar. Ab 2020 gelten nun neue Zulassungsregel in der Medizin.

Und was versteht die Gesellschaft unter Wissenschaftsfreiheit?

Juristische Auseinandersetzungen um die Wissenschaftsfreiheit und ihre Grenzen sind in Deutschland gängig, und das nicht erst seit gestern. Ein ganzes Rechts- und rechtswissenschaftliches Gebiet hat sich im Laufe der Zeit gebildet; es schärft den Begriff, interpretiert ihn und bewahrt die Wissenschaftsfreiheit damit davor, als romantische Fiktion in der Bedeutungslosigkeit zu versinken. Das Problem: Was für Jurist/-innen und Wissenschaftler/-innen aus anderen Disziplinen gelten mag, muss für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nicht automatisch der Fall sein.

„Die Freiheit von Forschung und Lehre ist zu Recht und zum Glück im Grundgesetz verankert. Was dieser Verfassungsrang bedeutet, haben auch manche Kolleginnen und Kollegen in Parlamenten nicht immer auf dem Schirm“, erklärt der wissenschaftspolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Kai Gehring. Auch deshalb begrüßt er die Allianz-Kampagne, die im September 2019 in einer prominent besetzten Abschlussveranstaltung mündet. Tatsächlich wirkt das Jahrespro-

gramm insgesamt so, als wäre bei der Konzeption vor allem an Politiker/-innen und Vertreter/-innen der Wissenschaft selbst gedacht worden. Das ist richtig und legitim, denn natürlich will das Verständnis von Wissenschaftsfreiheit auch innerhalb der akademischen Gemeinschaft und der Politik immer wieder neu geklärt sein.

Die Gesellschaft allerdings bleibt so - wie bei dem HRK-Diskussionsabend in der Kalkscheune - die große Unbekannte. Was versteht sie unter Wissenschaftsfreiheit? Welche Bedeutung misst sie ihr bei? Und kann sie nachvollziehen, warum das Freiheitsprivileg für Forscherinnen und Forscher und die gesamte Gesellschaft so wichtig ist?

Eine Zumutung sein

„Für mich heißt Wissenschaftsfreiheit, gegen den Strom schwimmen zu können“, sagt der Sprecher der Jungen Akademie, Philipp Kanske. In diesem einen Satz steckt zweierlei: die Begründung von Wissenschaftsfreiheit und der sich daraus ableitende Kernauftrag. Gegen den Strom schwimmen, Geltendes hinterfragen, Neues erkunden, Altes einreißen - und genau damit eben eine stete Zumutung für Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und die akademische Gemeinschaft selbst sein. Das ist der Auftrag der Wissenschaft. Um diesen erfüllen zu können, besitzt sie das Freiheitsprivileg. Im Umkehrschluss heißt das zum Beispiel: Die Hochschule darf kein irrita-

**»WIR WOLLEN EINE
BEWUSSTE UND AKTIVE
BETEILIGUNG DER
ÖFFENTLICHKEIT.
WIR MÜSSEN MEHR UND
NICHT WENIGER
KOMMUNIZIEREN«**



Prof. Dr. Martin Stratmann
Präsident der Max-Planck-Gesellschaft (MPG)



»VOR LAUTER RÜCKSICHTNAHME UND TRIGGERWARNUNGEN‹ VERSCHWINDET MANCHERORTS SOGAR SHAKESPEARE VOM LEHRPLAN«

Frank-Walter Steinmeier
(SPD), Bundespräsident

tionsfreier Raum sein. Im Gegenteil. „Vor lauter Rücksichtnahme und ‚Triggerwarnungen‘ verschwindet mancherorts sogar Shakespeare vom Lehrplan“, erklärte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) zu Jahresanfang bei einer Rede in Halle, „das halte ich für falsch. Anständiger Umgang miteinander, das bedeutet niemals Schonung vor intellektueller Herausforderung – schon gar nicht an einer Universität.“ Wissenschaft dürfe zugleich „niemals zur Gefälligkeit mächtiger Interessen werden – ob wirtschaftlicher oder politischer“. Jeder einzelne Fall wäre „Wasser auf die Mühlen der Wissenschaftsfeinde“.

In seinem Buch „Die Wissenschaftsfreiheit und ihre ‚Feinde‘“ definiert der Verfassungsrechtler Friedhelm Hufen den „Kern der Wissenschaftsfreiheit“ unter Berufung auf seine Kollegin Susanne Baer denn auch als „das ergebnisoffene Abenteuer Wissenschaft“. In Zeiten der Ökonomisierung der Wissenschaftsbetriebe ist dieses Abenteuer allerdings ein eingeschränktes Vergnügen.

Nur wenige dürfen wirklich querdenken

Auch wenn Hochschulen die Forschungsfreiheit wie eine Monstranz vor sich hertragen, praktisch bleibt sie einer kleinen Elite vorbehalten. Mit Geldern der Volkswagenstiftung untersucht ein interdisziplinäres Forscherteam um den Soziologen Uwe Schimank gerade die Freiheitsgrade von Professoren. Abgeschlossen ist das Projekt erst im Sommer 2020, aber schon jetzt zeigt sich: Die Chance zum freien, kreativen Querdenken erhalten

in Deutschland nur wenige. Das Gros muss sich auf die Forschung im Mainstream verlegen, seine Forschungsfragen an bestehende Förderprogramme ausrichten. Die überwiegende Mehrheit aller Professorinnen und Professoren ist auf Drittmittel angewiesen, die nicht immer über die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) ins System gelangen, sondern direkt von der Wirtschaft kommen oder aber auch vom Staat.

Mit rund 2,2 Milliarden Euro ist der Bund nach der DFG der zweitwichtigste Drittmittelgeber – und betreibt mit den Programmen und den Förderentscheidungen unwillkürlich Agenda-Setting. „Wir geben nicht den Weg zur Zielerreichung vor“, betont Anja Karliczek. Unter Wissenschaftsfreiheit versteht die Bundesforschungsministerin, dass „Forscher ihre Themen selbst wählen und den eigenen Fragestellungen in der Weise nachgehen können, wie sie es möchten, natürlich immer unter Einhaltung wissenschaftlicher Standards“. Das müssten ein Staat und eine Gesellschaft genauso „aushalten“ wie die Ergebnisse.

Genau das aber ist nicht immer der Fall, wie die sogenannte Feinstaub-Debatte eindrucksvoll zeigte. Es war im Januar 2019, als sich Lungenärzte anschickten, die wissenschaftlich belegten Feinstaub-Gesundheitsrisiken in Zweifel zu ziehen – mit schiefen Zahlen, wie Malte Kreuzfeldt, Redakteur bei der Tageszeitung „taz“, alsbald offenlegte. Im politischen Streit um Feinstaub-Grenzwerte nahm Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Steilvorlage gleichwohl dankbar an. Es gäbe neue „Fakten“, und es sei ein „Signal“, wenn sich mehr als hundert Wissenschaftler zu Wort meldeten. Die Debatte müsse also noch einmal „vom Kopf auf die Füße gestellt“ werden.

Wissenschaft als Waffe gegen die Wissenschaft

Im Kampf um höhere Feinstaub-Grenzwerte wandte Scheuer eine Technik an, die international auf dem Vormarsch ist: Aus einem Grundprinzip der Wissenschaft, dem imperativen Zweifel, schmiedete er eine Waffe, die sich gegen die Wissenschaft selbst richtet. Diese Form der Argumentation nutzen Wissenschaftsskeptiker genauso wie Wissenschaftsfeinde und eben auch Populisten.



»WISSENSCHAFTSFREIHEIT IST EIN WERT UND ALS SOLCHER UNVERRÜCKBAR«

Prof. Dr. Peter-André Alt
Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK)

»FÜR MICH HEISST WISSENSCHAFTSFREIHEIT, GEGEN DEN STROM SCHWIMMEN ZU KÖNNEN«

Prof. Dr. Philipp Kanske
TU Dresden, Sprecher der Jungen
Akademie



Schwarz oder Weiß – für die Wissenschaft ist das nicht nur eine Zumutung. Die Forderung ist eine akute Gefahr. Abwehren lässt sie sich am ehesten, wenn die Grundprinzipien wissenschaftlichen Arbeitens bekannt sind. Im Klartext: Soll die grundgesetzlich garantierte Wissenschaftsfreiheit also auch in den nächsten 70 Jahren mehr sein als eine hübsche Idee, reicht es nicht, sich auf das Bundesverfassungsgericht zu verlassen. Die Gesellschaft muss ihre Schirmherrinnen-Rolle verstehen und annehmen.

Die Regeln der analogen Welt fürs Netz?

Genau darauf zielt denn auch die Dialog-Offensive, die Martin Stratmann seiner MPG verordnet hat. So naheliegend die Idee auch ist, die Umsetzung wird schwer. Wie schwer, hat der Tübinger Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen in seinem Buch „Die große Gereiztheit“ beschrieben. Hoffnungslos ist die Lage Pörksen zufolge nicht. Im Gegenteil, der Diskurs ist gerade in der von Pörksen als „Fünfte Gewalt“ bezeichneten Netzgesellschaft möglich. Dass jeder einzelne eine Stimme habe, sei eine grandiose Nachricht. Für den Diskurs brauche es ein „Wertegerüst fürs öffentliche Sprechen“, erklärte Pörksen in einem Interview. „Wir müssen von der digitalen zur redaktionellen Gesellschaft werden. Das ist eine gewaltige Bildungsaufgabe“.

Diese Notwendigkeit hat Anja Karliczek erkannt. Um einen „offenen Diskurs“ geht es ihr. Geführt werden könne diese Auseinandersetzung aber nur, wenn auch im Netz „die Regeln und Konventionen“ greifen, die im analogen Diskurs gelten.

Wie weit der Weg dorthin ist, belegt ein Blick in die Sozialen Medien. „I’m only an asshole on twitter. I’m a rather pleasant chap in real life. Really“, twitterte „Anonymous Professor“ am 11. August 2019. Wer unter dem Account postet, ist unklar. Es gibt keine Namen, aber mehr als 12.000 Follower, darunter der Europäische Studierendenverband „European Students’ Union“ (ESU) und die deutsche Doktorandenvereinigung „Thesis“.

Anfeindungen, Hass-Postings oder auch Morddrohungen – Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind all dem ausgesetzt. Einige gehen an die Öffentlichkeit. Die Masse schweigt darüber, aus Angst, noch stärker

ins Visier der Kritik zu geraten. Als die Max-Planck-Gesellschaft nach dem Affenversuchs-Skandal nach jungen Wissenschaftler/-innen suchte, die in Videos erklären sollten, warum sie für ihre Forschung nicht auf Tierversuche verzichten können, war niemand dazu bereit. Sie wollten in den Filmen nicht erkannt werden. Die Angst vor Anfeindungen war zu groß.

Ob Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Sorge vor oder wegen erlebter Anfeindungen ihre Forschungsthemen verändern oder die Wissenschaft verlassen, ist nicht bekannt. So oder so: „Hetze und Attacken gegen Wissenschaftler sind ein Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit und somit gegen demokratische Grundfreiheiten“, sagt Kai Gehring. Umso wichtiger wäre es, „Gegenöffentlichkeiten“ zu schaffen, ergänzt Anja Karliczek, und die Kommunikation mit der Gesellschaft konsequent zu betreiben und auszubauen.

Die Allianz der großen Wissenschaftsorganisationen hat dafür vor fast zwanzig Jahren schon eine eigene Gesellschaft gegründet, „Wissenschaft im Dialog“. Web 2.0 und Social Media-Kanäle in der Wissenschaftskommunikation zu nutzen, ist das Mantra von „Wissenschaft im Dialog“ und deren Geschäftsführer Markus Weißkopf. „Die Netzgesellschaft ist ein Abbild der analogen Gesellschaft“, sagt er. Manchen mag das eine Tröstung sein, andere wird das richtig alarmieren.

In jedem Fall: Der Diskurs und die Auseinandersetzung über die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland sind eine Notwendigkeit, und das Internet ist das Mittel der Wahl für jeden, der die Wissenschaftsfreiheit auch in den nächsten 70 Jahren genießen will.

Dafür gibt es, um die Kollegin der Spurensicherung aus dem Video der Jungen Akademie zu zitieren, „keine direkten Beweise“, aber „wir haben genügend Indizien gesammelt, die für diese Theorie sprechen“.

Alles klar?

Kampagne „Freiheit ist unser System“ der Allianz der Wissenschaftsorganisationen: www.wissenschaftsfreiheit.de/

Projekt zur Wissenschaftsfreiheit der Jungen Akademie:

www.diejungeakademie.de/aktivitaeten/projekte/wissenschaftsfreiheit/

Buchtipps:

Thomas Bauer: Die Vereindeutigung der Welt – Über den Verlust an Mehrdeutigkeit und Vielfalt. Reclam, 2018

Franz Himpf: Die Freiheit der Wissenschaft – Eine Theorie für das 21. Jahrhundert. Metzler, 2017

Friedhelm Hufen: Die Freiheit der Wissenschaft und ihre „Feinde“ – 13 Thesen zur Wissenschaftsfreiheit. Lit-Verlag, 2019

Naomi Oreskes, Erik M Conway: Merchants of Doubt. Bloomsbury, 2011

Bernhard Pörksen: Die große Gereiztheit – Wege aus der kollektiven Erregung. Hanser, 2018



DIE AUTORIN

Christine Prubky ist Journalistin, Dozentin und Mediatorin in Berlin. www.christine-prubky.de, @cprussky